

# Der Einz-Malzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstricher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 28

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementpreis Mr. 10 pro Jahr.  
Reklame und Anzeigen: Gewerbe 25,  
Gewerbeschreit. Preis je 5 Pf.

Anzeigen kosten die Mietgebühren Non-  
parallelzelle oder deren Raum 50 Pf. (der  
Betrag ist stets vorher einzufinden).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

32. Jahrg.

Hamburg, den 13. Juli 1918

## Mittelstandsrettung und Wirtschaftlichkeit.

Es ist eine nicht wegguleugnende Tatsache, daß durch den Krieg gerade der selbständige Mittelstand am schwersten getroffen hat. Der wirtschaftliche Zusammenbruch, der zu Beginn des Weltkrieges unser Wirtschaftsleben zeitweilig lahmlegte, vernichtete zahlreiche kleine Existenz, die ohnehin dadurch schwer geschädigt wurden, daß die Inhaber vieler Kleinbetriebe zum Heeresdienst eingezogen wurden und beschall gezwungen wurden, ihr Geschäft zu schließen. Während die mittleren und großen Betriebe es verstanden, sich auf die neue Kriegswirtschaft einzurichten und im Laufe der weiteren Entwicklung Niesengewinne einheimsten, wurden die kleinen Betriebe vielfach völlig ausgeschaltet. Die Stilllegung der Kleinbetriebe, die sogar von den Behörden aus Gründen einer gesteigerten Leistungsfähigkeit selbst angeordnet und durchgeführt wurde, brach manchem ehemals selbständigen Gewerbetreibenden den Hals und ließ ihn ohnmächtig auf der Strecke liegen. Zweifellos hat der Krieg wesentlich dazu beigetragen, die Übermacht des Großkapitals ungeheuer zu verstärken, wobei dann natürlich die kleinen Leute unter den Schlägen geraten sind.

Dieter Schaden soll nun nach dem Kriege wieder gut gemacht werden. Überall in den Kreisen der Staatsmänner, Politiker und Volkswirten regt sich das Mitgefühl mit dem schwerbebrängten Mittelstande, und aus dieser Empfindung heraus entspringt überall das Bestreben, dem Mittelstand wieder auf die Beine zu helfen. Die Mittelstandsretterei, die schon vor dem Kriege zu einem vielgehörten und vielmissbrauchten Schlagwort geworden war, sieht neuerdings mächtig in die Zukunft. In den gesagten Städten werden umfangreiche Debatten über dies Thema geführt, wobei sich die bürgerlichen Parteien gegenseitig in Mittelstandstreue zu überbieten suchen; es sind Gesetzentwürfe in Vorberatung, die die Erhöhung des handelsliegenden Kleingewerbes und Kleinhandels fordern sollen, in den wirtschaftlichen Vereinigungen, die sich mit der Übergangs- und künftigen Friedenswirtschaft beschäftigen, kann man von der Pflicht der Wiederbelebung des Mittelstandes begeisterte Reden hören; kurz, man will unsere ganze wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung auf die Mittelstandstreitei zugeschnitten. Besonders die Konsumgenossenschaften, die schon von jeher als Schiedensteller für die Mittelstandslute hingestellt worden sind, sollen zugunsten des Mittelstandes möglichst gehemmt werden, trotzdem man ihnen in den ersten Kriegsjahren wahre Lobeshymnen gesungen hat. Auch auf dem Gebiete des Steuerwesens und der Sozialpolitik soll Mittelstandsretterei getrieben werden.

Jeder Sachkenner weiß, daß gerade bei der Mittelstandsrettung viel Schauschlägerei mit im Spiele ist, und die Mittelstandsleute erheben mit Recht die Forderung, daß das Maßnahmen nicht genüge, sondern daß auch gekiffen werden müsse, immerhin steht zu erwarten, daß hier und da das Bestreben, den Mittelstand zu retten, praktische Schritte zeitigen wird, deren Erfolge man allerdings erst abwarten muß. Die Gewerkschaften stehen diesen Bemühungen durchaus nicht ablehnend gegenüber, sie haben kein Interesse an der Vernichtung des selbständigen Mittelstandes, wenn sie auch nicht allzu große Hoffnungen hogen, daß ihm geholfen werden wird. Sie haben aus der Geschichte des Kapitalismus die Überzeugung gewonnen, daß der alte, selbständige Mittelstand im Laufe der Zeit doch allmählich seine Selbständigkeit verlieren und von den Großbetrieben zerrieben wird, und daß hiergegen alles Mitgefühl und alle kleinen Heilmittel wirkungslos sein werden. Wenn wir somit auch grundsätzlich keineswegs Gegner der Mittelstandsretterei sind, so möchten wir es doch nicht unterlassen, auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die sich ihr in der Zeit nach dem Kriege entgegenstellen werden.

Dadurch werden vielleicht hier und da einige Beteiligte bewogen, ihre Erwartungen nicht allzu hoch zu spannen.

Da unser gesamtes Wirtschaftsleben durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen auf schwere geschädigt worden ist, so kommt es für uns darauf an, in der Zukunft alles zu unterstützen, was den möglichst schnellen wirtschaftlichen Wiederaufbau fördert, und alles das zu unterlassen, was ihn erschwert oder gar verhindert. Das Grundgesetz des Wiederaufbaues ist nun aber die Wirtschaftlichkeit, das heißt, eine Wirtschaftsweise, die mit dem geringsten Aufwand an Kraft die höchste Leistungsfähigkeit erzielt. Um dies Ziel zu erreichen — und es muß erreicht werden, wenn unser Volk wieder gesund und lebensfähig werden soll —, ist vor allen Dingen eine planvolle Organisierung unseres Wirtschaftslebens vonnöten. Jede Kräfteversplitterung und Kräftevergudeung muß vermieden werden; es gilt vielmehr, alle günstigen und wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes zu einer Einheit zusammenzufassen und auf ein einheitliches Ziel zu richten. Es müssen große wirtschaftliche Organisationen geschaffen werden, die die verschiedenen Zweige der Gütererzeugung und Güterverteilung in die Hand nehmen. Hier fallen dem Staat und den Gemeinden große Aufgaben zu, und auch die Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften sind zur Mitarbeit berufen, wenn sich der Wiederaufbau in der gewünschten Weise vollziehen soll. Offiziellermassen werden sich die privatkapitalistischen Wirtschaftsgebilde: Kartelle, Trusts, Syndicate und die neu gebildeten Unternehmervereinigungen nicht beiseite schieben lassen, und so wird sich ein Netz von Organisationen über unser Land ausspannen. Es erscheint mir im höchsten Grade zweifelhaft, ob die Kleinbetriebe in den Rahmen dieser Organisationen hineinpassen. Ihre Existenz beruht ja auf der Vereinzelung und der Verzsplitterung, und wenn sich neuerdings auch in Mittelstandskreisen Organisationsbestrebungen mehr als bisher bemerkbar machen, so widerstreiten sie doch dem Wesen des Kleinbetriebes, der auf die erbitterte Konkurrenz des einen gegen den andern angewiesen ist. Eine wirtschaftliche Organisation der Kleingewerbetreibenden und Kleinhandler muß naturgemäß, wenn sie leistungsfähig bleiben soll, eine immer straffere Zentralisation anstreben und das eigene Selbstbestimmungsrecht des einzelnen immer mehr einschränken. Sie wird sich dann allmählich zu einem Großbetrieb entwickeln, in dem die Leitung alles und die Mitglieder gar nichts zu sagen haben. Weil sich hohe Rentabilität nicht mit der Bieterregierung zahlreicher Köpfe verbinden läßt, werden die früheren Selbständigen im Laufe kürzer Zeit zu Angestellten und Arbeitern werden und dadurch den neuen Mittelstand verstärken. Es ist nun einmal das Schicksal des alten Mittelstandes, daß er zwischen Großkapital und Proletariat wie zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben wird. Der Krieg hat diese Entwicklung nur noch beschleunigt, und alle noch so gutgemeinten Bestrebungen, den Mittelstand wieder lebensfähig zu machen, müssen an der harten Tatsache scheitern, daß industrielle Großbetriebe leistungsfähiger sind als gewerbliche Kleinbetriebe, und daß deshalb letztere durch die starke Konkurrenz beiseitegeschoben werden. In dieser Tatsache ändert alles Mitgefühl nichts, die innere Notwendigkeit unserer wirtschaftlichen Entwicklung ist eben stärker als sentimentale Erwägungen. Eine Verzsplitterung und Verzettelung unserer Kräfte, wie sie notwendigerweise mit dem Kleinbetrieb verbunden ist, verträgt sich nicht mit dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, der allein imstande ist, unsere Leistungsfähigkeit auf die wünschenswerte Höhe zu bringen. Und weil es so ist, weil das Allgemeinwohl eine starke Zentralisation unseres Wirtschaftslebens fordert, wird alle Mittelstandsretterei auch nach dem Kriege das bleiben, was sie vor dem Kriege gewesen ist: eine unerfüllbare Hoffnung und ein schöner Traum, wenn nicht gar ein bewusster Schwindel, um die Mittelstandsleute für die Bestrebungen der Rückschrittler und Ausbeuter einzufangen.

## Kriegsrechtliche Lösung der Wohnungssfrage.

Durch die fast gänzliche Ausschaltung jeglicher Wirtschaftigkeit während der Kriegszeit ist besonders in den Industriezentren eine bedrängende Wohnungskalimatik eingetreten, die bei Friedensschluß zu einer Katastrophe führen muß. Über auch schon heute ist eine Folge dieses Missverständnisses zwischen Angebot und Nachfrage, daß eine wilde Kreislauf der Wohnungsmieten durch die Hausbesitzer eingesetzt hat. Um diesen Missständen zu begegnen, hat der kommandierende General für das 7. Armeekorps auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand im Interesse der öffentlichen Sicherheit folgende Verordnung erlassen:

"Den Vermieter wird verboten, Wohnungen oder Wohträume, die im Bereich des 7. Armeekorps belegen sind, ohne Einverständnis der Mieter zu kündigen oder nach Ablauf des Mietvertrages an andere als die bisherigen Mieter zu vermieten oder sonst zu überlassen oder selbst in Benutzung zu nehmen, falls nicht der Leiter des Kommunalverbandes oder eine von diesem bestimmte Dienststelle oder Kommission der Kündigung usw. zugestimmt hat.

Diese Bestimmung gilt auch für das Verhältnis zwischen Mieter und Untermieter.

Die Zustimmung kann insbesondere dann versagt werden, wenn durch die Kündigung usw. die Beschaffung einer andern geeigneten Wohnung für den bisherigen Inhaber in Frage gestellt wird, oder wenn die Kündigung usw. anlässlich des Überganges des Grundstücks auf einen andern Eigentümer oder in der Absicht erfolgt, den Mietpreis in ungerichtet fiktivem Maße zu steigern.

In solchen Kommunalverbänden oder Gemeinden, in denen ein Bedürfnis nach Einschränkung des freien Kündigungsrights nicht oder nur in geringem Maße hervorgegetreten ist, kann der Leiter des Kommunalverbandes von dem Erfordernis der Zustimmung Befreiung eintreten lassen, und zwar entweder allgemein oder für bestimmte Fälle, zum Beispiel für die Fälle, daß einer der Beteiligter in der Lage ist, das Mietverhältnis an anzurufen und dessen Zuständigkeit begründet ist.

Es wird verboten, ohne Zustimmung des Leiters des Kommunalverbandes oder der von diesem zu bestimmenden Dienststelle oder Kommission Räumlichkeiten, die bisher als Wohnstätten gedient haben oder zur Benutzung als selbständige Wohnung geeignet sind, zu anderen als Wohnräumen zu verwenden oder zu vermieten.

Es wird verboten, Wohnungen oder Räumlichkeiten, die allein oder in Verbindung mit andern Räumlichkeiten zur Benutzung als selbständige Wohnung geeignet sind, unbewußt zu lassen, ohne sie binnen zwei Wochen freiwillig oder, falls dies nicht geschieht, auf Anforderung des Leiters des Kommunalverbandes dem Kommunalverband zu einem empfundenen Preis zu verkaufen, dessen Höhe erforderlichenfalls von einer durch den Leiter des Kommunalverbandes zu bestimmenden Schätzungsangabe im Kommission festgesetzt wird, mit der Maßgabe zur Verfügung zu stellen, daß der Kommunalverband für eigene Rechnung die freie Verfügung darüber im Umfang der dem Vermieter zustehenden Befugnisse erhält.

Als solche Räumlichkeiten gelten auch Teile von Wohnungen, die ohne Vereinbarung der Benutzung der übrigen Räume von der Wohnung abgetrennt werden können.

Als unbewußt gelten Wohnungen und Räumlichkeiten, wenn sie vollständig leer stehen oder lediglich zur Aufbewahrung von Gegenständen benutzt werden, die in Lagerräumen aufbewahrt werden können. Räumlichkeiten, die mit eigenen oder auf Abzähnung entnommenen Möbeln wohnungsgemäß eingerichtet sind, gelten nicht als unbewußt."

Zum Schluß werden dann Zuwidderhandlungen gegen diese Verordnung mit Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre, bei milbernden Umständen Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 angebrochen und zugleich bestimmt, daß eine Bußwidderhandlung dann vorliegt, wenn die Wohnung nicht freiwillig zur Verfügung gestellt wird, als auch in dem Falle, in der die vom Leiter des Kommunalverbandes ergehende Aufforderung ohne Erfolg bleibt.

Durch diese Verordnung werden zweifellos die größten Ausschreitungen der Haussagrarien beseitigt, und es wird wenigstens in etwa dem Wohnungsmietwucher ein Regel vorgekehrt. Das Beispiel dieses kommandierenden Generals verdient auch in andern Korpsbezirken Nachahmung. Dabei noch ergänzt werden mag, daß auch möblierte leerstehende Wohnungen, die nicht dauernd benutzt werden, als unbewußt zu bezeichnen sind.

## Heilbehandlung für lungenkranke Kriegsbeschädigte.

zwischen dem Kriegsministerium und dem ständigen Ausschuss der Landesversicherungsanstalten sind jetzt die Verhandlungen über die Heilfürsorge für die versicherten Kriegsbeschädigten zum Abschluss gekommen, die zunächst nur für die Kriegsdauer gestellt. Auch bei Lungenleidenden ist in der Regel die Fürsorge der Heeresverwaltung bei den Kriegsbeschädigten mit ihrer Entlassung beendet, da diejenigen gesetzlichen Vorschriften die Gewährung von Heilbehandlung nach der Dienstentlassung nicht kennen. Um die dadurch entstehenden Härten auszugleichen, haben sich die Landesversicherungsanstalten zur Übernahme der Fürsorge einstimmig erklärt. Jeder bereits entlassene Kriegsbeschädigte, der ein Heilverfahren wünscht, hat seine Anträge beim ständigen Bezirkskommando einzubringen, und wenn die Heeresverwaltung die Einleitung eines Heilverfahrens selbst ablehnt, so wird von ihr der Antrag an die zuständige Landesversicherungsanstalt weitergegeben, die dann für die sofortige Einleitung des Heilverfahrens Sorge trägt.

Die früher mit der Landesversicherungsanstalt Brandenburg getroffenen weitergehenden Vereinbarungen sind, wie der "Vorвари" schreibt, durch die neuen, allgemeinen Abmachungen nicht verloren worden. Der Personalkreis, dessen Schutz die Landesversicherungsanstalt Brandenburg übernommen hat, ist erheblich größer. Er umfasst alle Kriegsbeschädigten, gleichviel, ob sie versicherungspflichtig, versichert oder nicht versichert sind, sofern sie nur sozial dem Kreise der Versicherungspflichtigen nahestehen. Es wird bei diesen Fürsorgemaßnahmen auch nicht unterschieden zwischen Heilbaren und Unheilbaren. Nur bei der Kostenabrechnung wird ein Unterschied gemacht. Bei den heilbaren Lungenerkrankten Kriegsbeschädigten übernimmt die Landesversicherungsanstalt die gesamten Kosten, während sie bei den Unheilbaren die Kosten nicht allein, sondern im allgemeinen nur bis zu einem Drittel trägt, während der andere Teil von dritter Seite mit aufgebracht werden muß. Dabei kommen in Betracht erstens die Kriegsbeschädigten selbst, die die ihnen zustehende Jubilärente — nicht die Militärenten, die ihnen zugestellt werden — ganz oder teilweise der Landesversicherungsanstalt überlassen sollen, namentlich, soweit sie nicht verheiratet sind; zweitens die Gemeinden und Gemeindeverbände, drittens die Weihen der provinzialen Kriegsbeschädigtenfürsorge. Bei der Unterbringung soll darauf Bedacht genommen werden, daß der Kriegsbeschädigte in seinem bisherigen oder, wenn dies nicht möglich ist, in einem andern für ihn geeigneten Beruf zurückkehrt oder darauf vorbereitet wird. Eine Aufgabe, die im wesentlichen den örtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorgestellen zugewiesen wurde, die sich dabei in weitestgehendem Maße der Mithilfe der zuständigen Lungensorgestelle zu bedienten haben.

Die mit der Landesversicherungsanstalt Brandenburg getroffenen Vereinbarungen gehen sehr erheblich über das hinaus, was mit dem Abschluß der Landesversicherungsanstalten abgemacht worden ist, daß nur bedauert werden kann, daß diese besonderen Abmachungen nicht zur allgemeinen Regel geworden sind.

## Wie erlangt man eine Kapitalabfindung?

Wir haben in Nr. 20 des "Vereins-Anzeiger" es aus allgemeinen und persönlichen Gründen für wünschenswert gehalten, die Opfer des Krieges durch die einmalige Zahlung einer entsprechenden Geldsumme abzufinden, anstatt sie durch eine Rente zu entschädigen. Im Abschluß hieran geben wir nachstehend die wichtigsten Bestimmungen bekannt über die Bedingungen, unter denen eine Kapitalabfindung an Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen gewährt wird.

Die Kapitalabfindung soll Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen instand setzen, sich ländlichen oder städtischen Grundbesitz (eigene Heimstätten möglichst für Lebensdauer) zu erwerben. Die Kapitalabfindung soll ferner die Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen, die bereits Grundstücke besitzen, vor dem Verluste dieses Besitzes schützen oder ihnen helfen, ihren Grundbesitz zu erweitern oder zu verbessern.

## Der Niedergang der Dekorationsmalerei, ihre Ursachen und Wirkungen.

Seit Jahrzehnten erleben wir im Malergewerbe einen stetig weiter um sich greifenden Niedergang der Dekorationsmalerei. Die gute dekorative Ausschmückungskunst findet allgemein nur beschränkte Anwendung. Es ist nicht mehr wie früher, als fast sämliche Plafonds reichhaltig fein sündhaft ausgemalt wurden. O, du gute alte Zeit, wird mancher wehmutsdolll sagen und daran erinnern, daß damals das Handwerk noch „goldenem Boden“ hatte. Von diesem „goldenen Boden“ haben wir aber in den letzten zwei Jahrzehnten herzig wenig gesehen. Wir standen mitten in der Zeit: wirtschaftlicher Umtwälzung und merkten es oftmais kaum.

Die plastische Malerei war längst dahin. Mancher hat noch flott weg den bombastischen Jugendstil kennengelernt, und damit trat eine lange Atempause ein. Das Auge war übermüdet von oft schreiender Farbe und überreicher Formenfülle. Wie eine willkommene Erholung tauchte die vornehme Einfachheit der Malerei auf, und war es selbst die weiße Decke. Zeitgemäß entwidete sich der Biedermeier, der ganzen dekorativen Kunst eine neue Form der Erneuerung gebend. Wie aber alles in der Welt in jetztem Fluß ist, so ist es auch in der Stilkunst der Malerei. Die Entwicklung bescherte uns den rhythmisch prächtigen Blumenstil. Harmonische Farbengabe füllt jetzt beständig das schauende Auge und das juckende Gemüt.

Man könnte also berechtigt annehmen, unser Volk dürfte in Schönheit form- und farbtreuen leben und sterben. Wäre dem wirklich so, wie kann man dann von dem Niedergang der dekorativen Malerei sprechen?

Wer jedoch nach den wahren Ursachen forscht, findet sie im kapitalistischen Zuge der Zeit. Wie jedes andere Produkt menschlicher Arbeitsteilung ist auch die Kunstr nur

Die Kapitalabfindung wird nur auf Antrag gewährt; der Antrag ist jedoch an keine Frist gebunden, das heißt man kann ihn bis zum vollen Ende des Jahres (unter Umständen auch später) jederzeit stellen. Es ist jedoch ratsam, den Entschluß nicht unnötig zu verschieben, weil jünger der Antragsteller ist und je höher seine kapitalisierten Vermögen sind, desto höher auch die Kapitalabfindung ausfallen kann.

Kriegsbeschädigte haben den Antrag zusammen mit den Militärpapieren bei dem zuständigen Beigebricht ebenfalls einzurichten, er liegt in einem Teil der Gemeinde ihres Wohn- und Wissensortes. Dabei sollen die Antragsteller möglichst genau angeben, für welchen Zweck sie die Kapitalabfindung verhindern wollen. Etwa bereits vorhandene Unterlagen (Grundstück angebote, Kauf- und Bauverträge, Kaufplane, Kostenanschläge, Katasteranzeigen, Grundbuchabschriften usw.) sind beizubringen. Bevor man sich jedoch auf irgendwelche Rechtsgeschäfte und Verpflichtungen einläßt, wende man sich zunächst an eine Notarztstelle der Stadt, die für Kriegsbeschädigte verantwortlich ist.

Nach einiger Zeit erhält der Antragsteller einen vorläufigen Bescheid vom Generalstabe. In diesem wird mitgeteilt, ob und in welcher Höhe eine Kapitalabfindung gegebenenfalls gewährt werden kann. „Gegebenenfalls“, das heißt: wenn der Antragsteller eine „übliche“ Verwendung des Kapitals“ nachweisen kann. In dem vorläufigen Bescheid des Generalstabes ist außerdem angegeben, an welche Behörde sich der Antragsteller zur Bezahlung dieses Nachweises zu wenden hat. Erst wenn der Nachweis geführt ist, kann mit der Bezahlung der Abfindung gerechnet werden.

Sollte das Generalstabe den Antrag auf Kapitalbewilligung ganz oder teilweise ablehnen, so sind die genannten Stellen ferner auch bereit, den Antragsteller selbst weiterhin kostenlos zu beraten. Die endgültige Entscheidung über den Kapitalabfindungsantrag steht allein der obersten Militärbehörde zu, also je nach dem Truppen-Teil entweder dem Kriegsministerium, dem Reichsmarineamt oder dem Reichscolonialamt.

Wer Kauf-, Bau- oder sonstige Verträge zu Gießungen zwecken unterschreibt, oder sich mündlich rechtsverbindlich verpflichtet, bevor er den endgültigen Bescheid der obersten Militärbehörde erhalten hat, handelt voreilig und unvorsichtig. Unter allen Umständen ist es ratsam, nur solche Verträge zu unterschreiben, die folgende beiden Säulen enthalten: „§. Der Käufer hat das Recht, ohne Entschädigung von diesem Vertrage zurückzutreten, falls ihm aus irgendeinem Grunde eine Kapitalabfindung nach dem Gesetz vom 8. Juli 1916 nicht gewillt werden kann.“ §. Für alle Vereinbarungen gilt lediglich dieser Vertrag; mündliche Vereinbarungen haben daneben keine Gültigkeit.“

Bemerkt sei noch, daß zu den Witwen, die Kapitalabfindung erhalten können, zählen: die Witwen der Kriegsteilnehmer, deren Gemahls im Felde geblieben ist oder an einer Kriegsverwundung oder an den Folgen einer sonstigen Kriegsdienstbeschädigung gestorben ist. — Waisen kommen für Kapitalabfindung nicht in Frage.

## Wirtschaftliche Kundschau.

Über die Stellung der Seefahrt und des Überseehandels in der Friedenswirtschaft ist im Anschluß an die Reden, die bei dem Besuch des Reichstags in Hamburg gehalten wurden, eine lebhafte Diskussion entbrannt. Im Mittelpunkt der meisten Betrachtungen steht die Neuordnung des Generaldirektors der Hamburg-Umwall-Agentschaft, Wallin: „Wollswirtschaft und Weltmarkt sind nicht im Kasernenhof zu betreiben“, womit er den Gedanken einer Zusammenfassung der Reederei unter staatlicher Führung oder mindestens unter staatlicher Kontrolle charakterisierte. Betrachtet man die Frage lediglich vom rein organisatorischen Standpunkt aus, so wird man eine Lösung, die befriedigen kann, schwer finden. Nur im Zusammenhang mit der Weltpolitik können die Notwendigkeiten, mit denen wir bei dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens zu rechnen haben, gewertet werden.

Nicht erst auf der letzten Hamburger Tagung erhob sich der Ruf: Mitteleuropa birgt die Gefahr einer Absehung von

der Weltwirtschaft in sich. Und an diese Formulierung schlossen sich die Erläuterungen, daß ein mitteleuropäischer Zusammenschluß Deutschland keinen Nutzen bieten könne für die Ergebnisse der früheren Weltwirtschaftlichen Tätigkeit. Ein Anlauf von Widerstreben und Unzufriedenheit bildet sich aus diesen Missverständnissen heraus; damit entstehen auch Gegensätze in den Zustaffungen und Beseitigungen, die schließlich zu einem großen Teil nur darauf zurückzuführen sind, daß die einzelnen Gruppen mit Beidenseitigkeiten einander verbundenen Mittelstaaten ist ein Begriff, der nicht erst während des Krieges geschaffen wurde; er hat während des Krieges nur eine nicht unbedeutliche Verengerung und Verklammerung erfahren. Viele Jahre vor Ausbruch des Krieges bereits waren noch die Nationalökonomien und Politiker angesichts der Bildung gewaltiger Imperien, wie sie England in Verbindung mit seinen Kolonialstädten und Amerika darstellten, die Notwendigkeit erkannt und ausgesprochen, daß auch die Länder des europäischen Kontinents, deren wirtschaftliche Interessen sich gegenüber den großen Imperien im wesentlichen decken, sich wirtschaftlich zusammenfinden müßten, um sich in Zukunft behaupten zu können, da das Verlangen nach Weltbeherrschung durch die großen Imperien in einem immer stärkeren Maße wachsen würde. Gewissermaßen als Konsolidationspunkt eines derartigen kontinentalen Zusammenschlusses sollte die Verständigung Deutschlands, Österreich-Ungarns und Russlands gelten. Dies aber war „Mitteleuropa“, so nannte man diesen Plan auch damals, keineswegs nur als ein Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn gedacht. Niemals war damit auch die Vorstellung verbunden, daß nach einem Weltkrieg des Zusammenschlusses die Länder des europäischen Kontinents auf Wirtschaftsweltkrieg verzichten und sich daran begnügen sollten, den wirtschaftlichen Verkehr untereinander zu pflegen.

Wenn heute von einem Zusammenschluß der kontinentalen Mächte die Rede ist — und nur eine derartige Verbindung kann das wohlstandende Programm von Mitteleuropa sein —, so wird dabei immer nur von der Erkenntnis ausgegangen werden können, daß eine wirtschaftliche Einigung in diesem Rahmen die Möglichkeit für eine erweiterte weltwirtschaftliche Arbeit der kontinentalen Staaten schafft und schaffen muß. Also nicht der Vertrag auf frühere weltwirtschaftliche Tätigkeit und Herstellung einer Selbstgenügsamkeit innerhalb Mitteleuropas ist dabei das Ziel, sondern im Gegenteil, es soll durch eine Zusammenfassung der Kräfte und durch Ausschaltung schädlicher wirtschaftlicher Verwitterung erst ein Fundament geschaffen werden, auf dem ein starker weltwirtschaftlicher Bau sich entfalten kann. Gegen diese Aussöhnung von Mitteleuropa im weiteren Sinne der Vorriegszeit wird Hamburg sich wohl nicht wenden und mehren, zum mindesten würde gerade von dem besonderen Standpunkt der Hamburger Interessen aus ein solcher Widerstand völlig unverständlich sein.

Auch in Hamburg wird man ernstlich kaum bezeugen, daß die weltwirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie vor dem August 1914 bestanden, nach dem Kriege nicht mehr wiederkehren. Die alten Zustände sind dahin, und keine Wirtschaftspolitik kann sie ins Leben zurückrufen. Je schneller und eindringlicher die Überzeugung allgemein wird, daß wir einen Neubau aufzuführen haben, um so erfolgreicher könnten wir die Schwierigkeiten, die mit der Neugestaltung in erheblichem Maße verbunden sind, überwinden. Unsere Versorgung mit Rohstoffen, die wir früher aus englischen und amerikanischen Gebieten begogen haben, muß auf andere Grundlage gestellt werden; wenn dies nicht aus eigenem Entschluß Deutschlands geschieht, so wären wir dem Abwung dazu durchaus nicht entzogen; denn die englische Politik stellt uns vor die Notwendigkeit. Gegenüber diesen Tatsachen darf man sich nicht mit der Hoffnung abfinden, daß alles doch viel harmloser verlaufen würde, daß der Handel seine alten Wege gehen und seine alten Beziehungen aufnehmen werde; kurz: daß alles nur theoretische Unterhaltung sei, die sich nach einem Friedensschluß als gänzlich überflüssig erweisen werde. Immer wieder ist an dieser Stelle betont worden, daß England seine Vorbereitungen für eine neue Ordnung der Weltwirtschaft mit aller Energie betreibt, und die neueren Vorgänge in England können nur Veranlassung geben, die alten Feststellungen abermals zu unterstützen.

U

Arbeiterheer schwoll aber auch noch durch die proletarisierung des Mittelstandes und durch die Zuströmung fremdländischer Arbeitskräfte an. Die volkswirtschaftliche Prosperität führte zur großzügigen Bauertätigkeit. Der unten Akerscholle entwuchsen riesige Industrieanlagen und Arbeitersiedlungen. Aus stillen Dörfern wurden lebhafte Fabrikstädte, sogar handelswichtige Großstadtzentren. Das rheinisch-westfälische Industriegebiet ist ein Symbol gewaltigster Rektorleistung kapitalistischen Aufschwunges. Wie aber die Industrieanlagen an sich, so verdeckt durchschnittlich alle Bauten das kapitalistische System dieser beständigen Zeit. Luxus und innerer Arm an wohlgefälliger Architektur, wirken die teils überhohen Mietkasernen ganzer Großstadtviertel einfach abstoßend. Der allgemeine Bauzweck ist nur auf Erzielung des geschäftlichen Mehrwertes eingestellt. Die Folgewirkung ist der üppig blühende Mietwucher geschäftiger Häuserspekulanten.

Und hier soll die dekorative Malerei auf der Höhe bleiben? Eine Unmöglichkeit. Wo auf dem Aderfelde Unfrucht wächst, gedeiht keine gute Frucht. In den sprichtwürtlichen Galoppbauten kann nur dementsprechende Malerarbeit ausgeführt werden. Heißt stets die erste Frage: Maler, was kostet das?, oder: wann werden Sie fertig?, so ist es kein Wunder, wenn die Malerei zur eiligen Spiegelerei herabfällt, um das Auge zu täuschen. Die Raumausstattung im geschmackvollen dekorativen Sinne ist Nebensache. Wofür denn auch? „Für die Mieter ist es schon lange recht und gut genug.“

Die Wirkung dieser kapitalistischen Tendenzen trifft aber total das Malergewerbe. Durch die schlichte Arbeitserfüllung ist dieselbe einmal schneller fertiggestellt, und dem Berufe wird viele Beschäftigung entzogen, zum andern sinkt durch die künstlerische Ausführung auf ein Minimum herab. Eng verschlungen mit dem Niedergang der dekorativen Kunst ist die arge Preisreiberei des Konkurrenz-

Die unsere Geschäftsfahrt wuchs sich, ebenso wie wir den Überseehandel, im Interesse der Sicherstellung unserer Rohstoffversorgung die Aufgabe ergeben, in Erfüllung ihrer Arbeit vielfach andere Wege einzuschlagen als in der Vorkriegszeit. Aus den Folgerungen der Imperialiensbildung und des Herrschaftsverlangens der Imperialien drängt sich für Geschäftsfahrt und Überseehandel die Notwendigkeit auf, ihre wirtschaftlichen Funktionen auf die weltpolitisch und weltwirtschaftlich so leichten Möglichkeiten kontinentalen Zusammenkommens einzustellen. Mit andern Worten: Geschäftsfahrt und Überseehandel haben sich den weltwirtschaftlichen Notwendigkeiten Deutschlands einzufügen. Rücksichtig ist die Auffassung, daß der deutsche Wollwirtschaft durch Geschäftsfahrt und Überseehandel unten allein nicht in dem am besten damit gedeckt wird, wenn die bestelligen Unternehmungen gut verdienen. Wohl gemeint, auch wir wollen, daß Geschäftsfahrt und Überseehandelsunternehmungen gut verdienen sollen; aber wir sind der Meinung, daß das im Zusammenhang mit dem Ausschöpfung unseres Wollwirtschafts- und in Erfüllung in Dienste unserer Wirtschaftsleben geloben muß. So verständlich das ist, um sich sein sollte, es liegt sich doch immerhin bilden, daß legende Reeder, deren Gewerkschaften folgend, ihre Geschäfte so einrichtete, daß sie dabei zwar glänzend bedient, aber durch ihre Tätigkeit einem dem deutschen Wirtschaftsinteresse schädlichen Zweck dient. Das muß verhindert werden. Es sollen und müssen Garantien dafür geschaffen werden, daß unsere Geschäftsfahrt und unser Überseehandel ihre wertvollen Kräfte in den Dienst der deutschen Interessen stellen. Hierzu ist auch notwendig, überflüssige Konkurrenz zu vermeiden, um alle Kraft, über die wir verfügen, zusammenzufassen und dem einen Ziel zu dienen zu können.

Gute Sicherungen in diesem Sinne gewährleistet, dann muß der Geschäftsfahrt und dem Überseehandel für eine fruchtbare wirtschaftliche Arbeit die Initiative gegeben werden, die für beide unentbehrlich ist. In diesem Zusammenhang wird man der Förderung zustimmen müssen, daß Regellementierungen vom Übel sind, daß die Entschlusskraft nicht unterbunden, Wagemut nicht unterdrückt werden darf. Nach allgemeinen Vorschriften läßt sich Überseehandel nicht betreiben; es verlangt Einsicht persönlicher Fähigkeiten; seine Wege und Entschlüsse lassen sich auf dem Verordnungswange niemals vorschreiben. Bei der Kompliziertheit seiner Funktionen kann durch Eingriffe, und wären sie noch so gut gemeint, Unheil leicht, sehr schwer aber eine Förderung seiner Tätigkeit bewirkt werden. Hat das deutsche Volk die Garantie, daß seine Geschäftsfahrt und sein Überseehandel allein seinen weltwirtschaftlichen Interessen dienen, dann darf beißen die Freiheit der Betätigung nicht eingeschränkt werden. Das innerhalb der Organisation des Überseehandels auch die Mitwirkung der Arbeiterschaft gefordert werden muß, bedarf keiner Betonung; es scheint denn auch, daß in der Geschäftsfahrt die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft bei den großen Aufgaben, die der Erfüllung harren, erkannt worden ist.

Julius Kaltst.

## Baugewerbliches.

**Bautätigkeit und Wohnungsmarkt in deutschen Städten 1917.** Wie in den Vorjahren hat das Kaiserliche Statistische Amt eine Erhebung über die Bautätigkeit und den Wohnungsmarkt in deutschen Städten vorgenommen, zu welchem Zweck an 94 Städte mit über 50 000 Einwohnern und außerdem an Erlangen, Gera und Hof Fragebogen versandt wurden, von denen 98 beantwortet zurückkamen.

Die Bautätigkeit des Jahres 1917 stand noch stärker unter dem Einfluß des Krieges als die der drei Vorjahre. Nicht allein der Mangel an Rohmaterialien, sondern noch mehr der an Arbeitskräften — auf 100 offene Stellen im Baugewerbe kamen im Durchschnitt des Jahres etwa 85 Angebote — erschweren hinsichtlich diese rückläufige Entwicklung. Besonders hat natürlich die Herstellung von Wohngebäuden gelitten, wie uns folgende kleine Übersicht zeigt. Es wurden errichtet:

	Wohngebäude	Mietungen
1912	8912	61 885
1913	7017	46 220
1914	5807	82 880
1915	2464	18 171
1916	966	4 686
1917	498	1 712

Dennoch wurde im vergangenen Jahre nur der einundzwanzigste Teil der Wohngebäude und gar nur der sechs- und dreißigste Teil der Mietungen des Jahres 1912 erreicht. In einer Reihe von Städten, wie Augsburg, Berlin-Schöneberg, Bochum, Oberfeld, Mainz, Stettin, Wiesbaden, Bückeburg, wurde überhaupt kein einziges neues Wohngebäude errichtet. Den größten Zugang an Wohngebäuden und Mietungen hatten Essen (190 und 810), Bremen (48 und 87), Köln (48 und 111), Kiel (22 und 90) und Halle a. d. S. (21 und 67).

Von besonderem Interesse ist natürlich der Zugang an Kleinwohnungen, deren Bedeutung im Laufe des Krieges infolge der Abwanderung größerer Bevölkerungskreise aus den teureren Wohnungen in kleinere billigere ständig gewachsen ist. Der größte Zugang an solchen Wohnungen hat in Essen mit 482 stattgefunden; es folgen Danzig mit 212 und Frankfurt a. M. mit 179 Kleinwohnungen. In keiner andern Stadt betrug der Zuwachs mehr als 100 Kleinwohnungen, während 1916 noch 18 Städte einen solchen Zuwachs aufwiesen. Den geringsten Zuwachs mit je einer Kleinwohnung hatten Breslau, Buer i. W., Köln, Danzig, Dresden, Essen, Frankfurt a. M., Halle a. d. S., Hamburg, Königsberg i. Pr., Leipzig, Mannheim. Der Meinzugang an solchen Wohnungen (das heißt der Zugang abgesehen des Abgangs) war natürlich noch bedeutend kleiner; in einer ganzen Reihe von Städten war sogar ein absoluter Rückgang vorhanden. Dieser Zustand muß die größten Beschränkungen für die Zeit nach dem Kriege bedeuten, wenn erst einmal die Massen der heimkehrenden Krieger wieder eigene Heime gründen, und es wird die höchste Zeit, daß sozialpolitische Maßnahmen, energisch in Angriff genommen werden, die einer zu erwartenden krassen Wohnungsknappheit vorbeugen.

Was die Kleinwohnungsziefer anbelangt, so ist diese im letzten Jahre in allen Städten, mit Ausnahme von Oberfeld, Essen und Hameln, zurückgegangen; und von diesen drei Städten hatte auch nur Essen einen etwas größeren Bestand von leerstehenden Kleinwohnungen, eine Tatfrage, die sehr zu denken gibt. Wenn man früher als normalen Bestand an leerstehenden Wohnungen 8 p. A. angenommen hätte, so zeigt es sich, daß 1917 nur 18,8 p. A. aller Städte eine solche Ziffer erreichten.

Bedeutend größer als der Zugang an Wohngebäuden war im Berichtsjahr der Zugang an Gebäuden überhaupt. So stellte Köln 284, Hamburg 193, Essen 198 neue Gebäude her; den geringsten Zugang hatten Berlin-Schöneberg, Erfurt, Hannover, Minden b. S., Osnabrück und Bückeburg mit je nur einem Gebäude.

## Gewerkschaftliches.

**Eine Konferenz der Tabakarbeiterverbände,** die am 30. Juni in Bremen abgehalten wurde, beschäftigte sich mit der Lohnfrage und der Unterstützung der infolge der Konkurrenz erwerbslos geworbenen Tabakarbeiter und -arbeiterinnen. Die Konferenz beschloß, an die Fabrikanten mit folgenden Wünschen heranzutreten:

1. Die während des Krieges gewährten Zulagen sind auf mindestens 100 vom Hundert des Lohnes, wie er im letzten Jahre vor dem Kriege gezahlt wurde, zu erhöhen.
2. Die Tabakarbeiterchaft erwartet, daß die bewilligten Leuerungszulagen nach dem Kriege allgemein in feste Lohnzulagen umgewandelt werden.

**Die Außärtsbewegung der Gewerkschaften.** Die kürzlich von der Generalkommission veranstaltete neue Erhebung über den Stand der Centralverbände weist nach dem "Correspondenzblatt" wiederum eine erfreuliche Vermehrung der Mitgliederzahl auf. Es hatten am Schluß des ersten Quartals 1918 die der Generalkom-

mission angeschlossenen Centralverbände (ohne die Verbände der Chorsänger und deutschen Eisenbahner) zusammen 1 886 510 Mitglieder, darunter 981 788 männliche und 864 786 weibliche. Gegen das vierte Quartal 1917 hat sich die Mitgliederzahl um 50 887 = 4,7 p. A. vermehrt.

Um Schluß des zweiten Quartals 1914, also kurz vor Ausbruch des Krieges, gähnten die gleichen Verbände 2 280 514 männliche, 221 071 weibliche, zusammen 2 510 585 Mitglieder. Ende des Jahres 1916 war mit 2 049 033 Mitgliedern der tiefste Stand erreicht. Von da ab ging es ständig aufwärts. Bereits im ersten Quartal 1917 wuchs die Zahl der Mitglieder auf 2 000 286 und stieg dann bis zum Schluß des Jahres auf 2 276 692. Die stärkste Mitgliederzunahme, und zwar um 114 509 = 10,6 p. A., trat ein vom zweiten zum dritten Quartal. Beim ersten Wert ist, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder gegenwärtig um 188 718 höher ist als vor dem Kriege. Die seit Anfang des Vorjahrs eingetretene kräftige Außärtsbewegung der Mitgliederzahl der Centralverbände, die sich mit den besten Entwicklungsperioden der Gewerkschaften messen kann, berechtigt zu den schönsten Hoffnungen für die künftige Machtentwicklung der Gewerkschaften nach dem Kriege. An Unterstützungen verausgabten die Verbände seit Beginn des Krieges bis 31. März 1918 zusammen M 72 272 715. Daraus kommen auf Arbeitslosenunterstützung M 25 485 589 und auf die Unterhaltung für Familien von Kriegsteilnehmern M 28 205 498. Der erheblichste Teil der Arbeitslosenunterstützung, und zwar M 21 558 088, wurde im ersten Kriegsjahr verausgabt. Der gegenwärtige Stand der Arbeitslosigkeit ist gering; es hatten die berichtenden Verbände am Ende des ersten Quartals 1918 8845 männliche = 0,4 p. A. und 7281 weibliche = 2,1 p. A. arbeitslose Mitglieder, von denen 8883 aus Verbandsmitteln unterstützt wurden.

**Jubiläum des Ledarbeiterverbandes.** Am 1. Juli waren 25 Jahre verflossen seit Verschmelzung der bis 1898 bestehenden beiden Gerberorganisationen. Die Wehrgerber, wie auch die Lohgerber hatten bis dahin ihre besondere Organisation. Dem Zuge der Zeit folgend, wurde nun die Verschmelzung beschlossen und die neue gemeinsame Organisation als Ledarbeiterverband nahm am 1. Juli 1898 ihre Tätigkeit auf. Das Vierteljahrhundert war ausgefüllt mit einer Reihe von Kämpfen zur wirtschaftlichen Besserstellung der Berufsgenossen, von Auflärungsarbeit, von Streikungen, die Organisation auszustalten und zu festigen. Mit Genugtuung kann die "Ledarbeiterzeitung" feststellen, daß auf allen diesen Gebieten erfreuliche Fortschritte erzielt worden sind. Sie richtet aber auch an ihre Mitglieder die Mahnung, an das Werden zu denken. Deshalb sei es ihre Pflicht, die Verbandsfolge zu wahren, die Kräfte für die Auflärungsarbeit zu verdoppeln für den schweren Kampf um bessere Arbeitsbedingungen. Das Ziel sei, nicht nur gut zu leben, sondern auch, daß das Proletariat gleichberechtigt und frei leben will. Auch wir entbieten dem Verband zu seinem Jubiläum unsern Gruß und wünschen ihm für fernerein die besten Erfolge.

**Jubiläum des Holzarbeiterverbandes.** Die deutschen Holzarbeiter konnten am 1. Juli ein seltes Doppeljubiläum feiern. Vor 25 Jahren wurde am 1. Juli 1893 der Deutsche Holzarbeiterverband ins Leben gerufen, und zugleich zog sich zum fünfzigsten Male die Gründung der Gewerkschaft der Holzarbeiter. Seit jener ersten Holzarbeiterorganisation haben sich die Formen gar oft geändert. 1868, noch vor der Aufhebung der Koalitionsverbote, welche bekanntlich erst am 1. Oktober 1869 außer Kraft traten, wurde auf Veranlassung der Bassalleianer im Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongress der Gewerkschaft der Holzarbeiter von Theodor Port gegründet. Mit ihrem Leiter ging die Organisation bald aus dem Lager der Bassalleianer in das der Eisenacher über. Heftige, langwierige Kämpfe führte sie mit der Gegenorganisation der andern Richtung, dem Allgemeinen Tischlerverein, und der Streit überdauerte sogar die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Erst im Jahre 1877 fand man sich zum Bund der Tischler und verwandten Berufsgenossen zusammen — wenige Wochen später zerstörte das Ausnahmegesetz alle Anfänge der Organisation. Erst allmählich fanden sich die durch seinen Terror anfangs völlig zerstreuten Arbeiter wieder zusammen. Auch zahlreiche kleinere Organisationen der Holzarbeiter entstanden, und trotz aller gelegentlich Schwierigkeiten fanden sich auch die Fachvereine bald wieder zu Zentralverbänden zusammen, von denen der größte und wichtigste der Deutsche Tischlerverband war, der 1888 gegründet ist. Nach dem Fall des Ausnahmegesetzes setzte die Bestrebungen auf Schaffung umfassender Industrieverbände an Stelle der Branchenorganisation lebhaft ein, und die Holzarbeiter waren mit die ersten, die auf dem Cässeler Holzarbeiterkongress vom April 1893 einen Industrieverband aller Holzarbeiter gründeten, denen sich sofort die Tischler, Drechsler, Stellmacher und Bürstenmacher anschlossen; im Laufe der Jahre hat sich eine ganze Reihe weiterer Berufsverbände mit dem Holzarbeiterverband verschmolzen, doch arbeitet dieser auch mit Berufsverbänden, die sich ihm aus irgendeinem Grunde nicht anzuschließen wünschen, freundlich zusammen. Im Holzarbeiterverband selbst werden die besonderen Brancheninteressen durch eigene Sektionen, Konferenzen und Zentralkommissionen wahrgenommen.

Aufstieg und Leistungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes sind allgemein bekannt. Er hat gegenwärtig in der Heimat über 110 000 Mitglieder, davon 20 000 weibliche und jugendliche, ein Vermögen von 8 Millionen, einen Jahresbetrag von 4½ Millionen und kann auf eine riesige Leistung für die Verbesserung der Lebenslage der Holzarbeiter durch Kampf und Unterstützung zurückblicken. Weit über 100 000 seiner Mitglieder stehen im Felde. Die Nummer 26 der "Holzarbeiterzeitung", die aus diesem Anlaß in Festdruck erschien, bringt über die Entwicklung des Verbandes, seine Kämpfe, inneren Einrichtungen, seine sozialpolitischen und Bildungsbestrebungen, Verbandsstage, die Internationale der Holzarbeiter usw. interessante Beiträge von Bröger, Kahler, Leipart, Tacrow, Neumann, Schneegäb, König, Umbricht, Schied, Robert Schmidt, Begien, Blume und Neid. In großen Zügen ist hier niedergelegt, was der Verband für seine Mitglieder geleistet und in Jahren

das Objekt der Arbeit, diese oftmais weit unter Preis auszuführen. Hier führt die Geschäftsmisere direkt zur drückenden Fessel der Berufskollegen. Ist die Arbeit unterboten, dann sollen minderwertige Materialien, überhaupt jede Pfuscharbeit, verbunden mit beständigen Arbeitsmethoden, selbst Bohndräderen vor sicherem Geschäftserlusten schützen. Überall, wo der Kostenpunkt eine Rolle spielt, hat auch die Arbeitskraft ein Höchstmaß der Deutung zu gewähren. In dieses Spiel der freien Kräfte greift noch das Waffensystem ein. Urteil ist Mord, weiß jeder Kollege, selbst wenn er gut verdient. Doch wo bleibt hier die Kunst? Je weniger diese ihre alte Höhe hält, desto weniger Berufskräfte können dazu ihre Talente entfalten. Wer in diese Verhältnisse eintritt, darf ruhig und zeitlich überlegen, ob er eventuell Kapital zu seiner persönlichen Ausbildung auch wirklich rentabel anlegt. Eine gute Schulausbildung kann ihm allerdings nie zum Schaden gereichen. Die meisten Jünger der Kunst machen jedoch die trübe Erfahrung, daß sich ihre erlernte Kunst praktisch nur äußerst schwierig verwenden läßt. Der Glücksurfall sichert dem Ehrlichen seinen berechtigten Platz, während die andern im Strudel des allgemeinen Durchschnitts untergehen.

Für jeden Einzelnen hat der Beruf aber noch weitere Mängel. Stark von der Jahreszeit und gesellschaftlichen Anlässen abhängig, ist er ein vollständiges Saisongewerbe. Schnell ist im Frühling die kurze Flut der Hochaison vertraut, dann drängt die Arbeit weniger, und im Winter...! Reichen infolgedessen für eine kurze Zeit die Arbeitskräfte kaum, so sind sie später reichlich, gar übereichlich vorhanden. Sie liegen dann förmlich arbeitslos auf der Strofe. Die Arbeitslosigkeit läßt manchen Kollegen graue Tage des Elends kosten. Sie führt zur Einschränkung der Lebenslage und bringt viele Sorgen ziemlich Beschäftigung neuer Arbeiten. Die ledigen Kollegen mögen ihr kurz entschlossen aus dem Wege gehen und stets die günstigsten Arbeits-

langen Kämpfen errungen hat. Beherrzigen das alle Holzarbeiter, bewahren sie auch fernerhin dem Verbande die Treue, sofern immer mehr für seine weitere Erstärkung, dann wird er seine hohe Aufgabe auch in der Zukunft in vollem Maße erfüllen. In diesem Sinne entbieten auch wir dem Deutschen Holzarbeiterverband zu seinem Ehrentage unsere Glückwünsche.

## Sozialpolitisches.

**Spekulationsraum.** Angesichts der unaufhörlichen Kursteigerungen muß der Spekulationsraum des spekulativen Publikums mit einem wütenden Börsentracé enden. Das wird von allen Seiten seit Wochen und Monaten bestont; aber die Kurse gehen weiter in die Höhe, und je höher sie steigen, um so mehr werden neue Schichten als Käufer herangezogen. Nach dem Wert oder Unwert der einzelnen Aktien wird kaum noch geredet; da fast alle Aktiengesellschaften während des Krieges verdient und teilweise sehr viel verdient haben, so werden die Papiere fast unterschiedlos von dem Kursstreiben erfaßt. Und gab es Gesellschaften, die selbst bisher eine Rentabilitätsgrundlage noch nicht gefunden haben, so bietet am Ende für nahezu alle Kurserhöhungen auch kein Hindernis, um so häufiger schwelgt die Phantasie in der Ausmalung der Zukunftsaussichten dieser Kategorie von Unternehmungen. Doch bei den allermeisten Aktien die kurze Steigerungen erfahren haben, durch die schon längst die tiefsten Gewinnmöglichkeiten künftiger Zeiten vorweggenommen sind, wird auch dann nicht hinniedrig auf neue Spekulationen, wenn von den beteiligten Gesellschaften Warnungen und Dementierungen „anregender“ Gerüchte verbreitet werden. Eine Erklärung für diese Entwicklung wird im „Plutus“ durch den Hinweis auf die besondere Art des Börsenpublikums zu geben versucht, die während des Krieges entstanden ist: Die eigentlichen Börsentreize, namentlich die ersten Vantiers, sind zurzeit wohl kaum in sehr erheblichem Maße an dem Treiben beteiligt. Ob sie sich bewußt fühlen, immer so energisch und so laut, wie es wohl wünschenswert wäre, zu warnen, kann ganz dahingestellt bleiben. Selbst wenn sie es täten, würden ihre Warnungen kaum besonderes Gehör finden. Denn die Schichten, die augenblicklich ihr Glück an den Börsen erproben, sind Neulinge mit aller Unerfahrungheit der Neulinge, und sind Exportkönlinge mit all der breiten und behabiligen Freiheit der Parvenus. Auch an der Börse herrscht der Kriegsgewinner. Und zwar herrscht dort jene Schicht, vor deren zukünftigem sozialen und politischen Gehabens uns allen, einschließlich der von früher her Gejätzigen, schon jetzt angst und bange ist. Diese Leute, die aus ihrem riesigen erscheinenden Revers fließen sich pfandweise Bilder und meterweise Bilder laufen, die die Preise für Lebensmittel, für Kleider, für Mietwohnungen und für Billigendstücke ins Schwundelholz treiben, kaufen in buntem Gemisch zwischen prohenhaften Augusdrucken eben auch Aktienpapiere. . . . Diese verhältnismäßig breite Masse der niedrigsten Kriegsschicht beherrscht heute die Börse, genau so wie sie den Ausschlag für die Riesenumsätze an den Totalisatoren aller Kämpfsläge gibt. Die Tätigkeit dieser Leute einzämmen zu wollen, hat gar keinen Sinn. Wenn wir den Börsenstempel erhöhen, ja selbst wenn man Eintre für den Zutritt zu dem Bankotal und zu den Depositenklassen erhöhen würde, das würde die Leute nicht abhalten, sondern den Reiz an diesen Dingen für sie noch erhöhen. Denn sie wünschen, deutlich und sichtlich zu zeigen: Wir haben es ja dazu! —

## Genossenschaftliches.

Die Erweiterung der Sparversicherung bei der Volksfürsorge durch das Kaiserliche Ressort für Privatversicherung genehmigt! Die Volksfürsorge betreibt bis jetzt nur Volksversicherung (kleine Lebensversicherung). Bis vor kurzem waren bei ihren Kapitalversicherungen nur Versicherungen bis zur Höchstversicherungssumme von M. 1500 zugelassen. In Konsequenz dieser Beschränkungen konnten bei der Sparversicherung jährlich nur bis zu M. 60 als Sparprämie eingezahlt werden. Nachdem das Ressort am 20. April dieses Jahres für sämtliche Tarife der nachgesuchten Erhöhung der Versicherungssumme auf M. 2000 zugestimmt hat, ist jetzt auch der weitere Antrag des Vorstandes der Volksfürsorge, die jährliche Spareinlage bei Sparversicherungen von M. 60 auf M. 100 zu erhöhen, ohne Anstand genehmigt worden.

## Vom Ausland.

**Generalaussprzung im schwedischen Baugewerbe.** Sie in Schweden seit einiger Zeit im Baugewerbe herrschende Unruhe, die in einzelnen Orten bereits zu Arbeits-einstellungen und Ausprüngungen führte, scheint nunmehr einen ernsteren Charakter anzunehmen. Zwar ist es den staatlichen Schiedsrichtern gelungen, die größten Streitfragen, die zwischen den Bauarbeitern und den Maurern einerseits und den Unternehmern anderseits bestanden, zu befreitigen, so daß eine das ganze Land umfassende Einigung in Aussicht stand. Aber die Konflikte der Zimmerer und Baufachleute liegen sich nicht so leicht schlichten. Die Arbeiter fordern den Zeitumständen gemäß höhere Löhne sowie kürzere Arbeitszeit. Nunmehr haben die in dem das ganze Land umfassenden zentralen Arbeitgeberverband organisierten Bauunternehmer, die durch örtliche Zusprüngungen bisher selbst die Konflikte sehr verschärft haben, in ganz Schweden im Beauftrag die Generalaussprzung proklamiert. Die Aussprzung beginnt bereits am heutigen Tage (3. Juli) in Stockholm und Göteborg, in den übrigen Teilen des Landes ist sie auf den 10. Juli angekündigt. Die Zahl der von dieser Aussprzung betroffenen Arbeiter läuft sich auf 16 000, wozu noch andere Kategorien Arbeiter, die von den Baufachleuten abhängig sind, sowie Mater, Klempner, Fuhrwerks- und Transportarbeiter usw. hinzutun.

## Literarisches.

**„Die Glotze“.** Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Parvis. Seit 14 des vierten Jahrgangs ist sieben erschienen. Bezugsbedingungen: Direkt durch die Post oder Buchhandlung bezogen, vierjährlich M. 8, bei direkter Zusendung ins Feld M. 5. Einzelhefte 50 Pf. Porto 5 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 114.

Seit 4 von den Schriftst. der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist soeben im Verlag von Carl Heymann, Berlin, erschienen unter dem Titel: Die Regelung des ausländischen Arbeiterwesens in Deutschland. Unter besonderer Berücksichtigung der Anwerbung und Vermittlung. Herausgegeben von Dr. Otto Becker. Die Arbeit bietet eine übersichtliche Darstellung, wie in den einzelnen deutschen Bundesstaaten das ausländische Arbeiterwesen durch gesetzliche Vorschriften und Maßnahmen der Verwaltung geregelt ist. Der Preis des Buches beträgt M. 8,80.

**Zentralverband der Bäcker und Konditoren.** Jahrbuch 1917. Für Nichtmitglieder Preis M. 2. Hamburg. Verlag von O. Ullmann, Beseckendorf 57.

**Deutscher Kürschnerverband.** Jahresbericht für 1917. Verlag von M. Delsner, Hamburg.

**Verband der Gut- und Filzwarenarbeiter Deutschlands.** Jahresbericht und Abrechnung für das Jahr 1917. Verlag M. Moeschke in Altenburg.

**Verband der Buch- und Steindruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.** Verwaltung und Rechenschaftsbericht für 1917. Selbstverlag des Verbandes, Berlin NO, Elbinger Straße 18.

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.** Die Gesundheit ist des Arbeiters wertvollstes Gut. Erhaltung der Gesundheit ist gleichbedeutend mit Erhaltung der Arbeitskraft. Daraum ist der Arbeiter an der Hygiene, derjenigen Wissenschaft, welche von der Erhaltung der Gesundheit und von der Krankheitsverhütung handelt, in noch höherem Grade interessiert als der Besitzende.

Die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinende Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek will dieses Interesse wecken und nach erhalten, Überglücke und Vorurteile, insbesondere auf dem Gebiete der persönlichen Gesundheitspflege, beseitigen und Erkenntnis und Verständnis der modernen Hygiene fördern.

In gemeinverständlicher Darstellung, unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterverhältnisse, werden die wichtigsten Abschnitte aus dem weiten Gebiete der Gesundheitspflege von Sachverständigen bearbeitet und erscheinen in loser Aufeinanderfolge, so daß jedes Heft für sich ein abgerundetes Ganzen bildet.

Die Hefte 1 bis 20 sind als Band der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek erschienen. Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, mit vielen Illustrationen und einem zerlegbaren Modell des menschlichen Körpers ausgestattet und kostet gebunden M. 6.

Ein Verzeichnis der bisher in der Sammlung erschienenen Hefte ist kostenfrei vom Verlag zu beziehen.

Wie der Erfolg beweist, hat die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek eine fühlbare Lücke in unserer Literatur ausgefüllt und es verstanden, ein in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterbevölkerung empfundenes Bedürfnis zu befriedigen.

Indem der Verlag auch ferner um die rege Unterstützung bittet, wird er für jede Kritik in der Presse dankbar sein und es freudig begrüßen, wenn aus dem jetzt bereits nach Hunderttausendenzählenden Leserkreise Anregungen und Wünsche für die zukünftig in der Bibliothek zu behandelnden Fragen geäußert würden.

## Briefkasten.

H. Christ. Bitte um Angabe der genauen Adresse, damit Brief folgen kann. Besten Gruß, auch an die übrigen Kollegen. M.

## Sterbetafel.

Leipzig. Am 4. Juli starb unser langjähriges, treues Vorstandsmitglied Max Rädler im Alter von 52 Jahren. Ehre seinem Andenken!

## Vereinstafel.

**Bericht der Hauptstelle vom 1. bis 6. Juli.**

Eingesandt haben für das 2. Quartal: Berlin M. 2500, Passau 4,80, Potsdam 80, Flensburg 80, Görlitz 100, Frankfurt a. d. O. 120, Spandau 260, Köln 500, Düsseldorf 200, Bremerhaven 600, Chemnitz 700, München 87,80, Hamburg 500, Hoyerswerda 118, Ulm 150, Glauchau 145. Für das 3. Quartal: Duisburg M. 180, Augsburg 50, Dresden 1000.

**Die Woche vom 14. bis 20. Juli ist die 29. Weitragungswoche.** D. Weitrag. Auflage.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 26 des „Correspondenzblattes“ bei.

Guten, hellen  
**Laat-Ersatz**

Rechts gläufig Reisekant, Banken.



## Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Kollegen.

Bad, Wilhelm, Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 6. 4. 78 zu Mettern, seit 17. 9. 14 im Verband. Baldau, Georg, Mitglied der Filiale Cöln, geb. 2. 2. 78 zu Deutz, seit 2. 4. 08 im Verband. Beissler, Hermann, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 24. 12. 98 zu Bergedorf, seit 9. 4. 15 im Verband. Berthau, W., Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 8. 6. 81 zu Brösel, seit 8. 6. 02 im Verband. Bewie, Georg, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 6. 6. 98 zu Hannover, seit 27. 3. 15 im Verband. Blenckow, Wilhelm, Mitglied der Filiale Weimar, geb. 27. 1. 88 zu Weimar, seit 16. 4. 04 im Verband. Braugart, Urban, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 26. 12. 86 zu Leuteshausen, seit 20. 6. 14 im Verband. Buch, Wilhelm, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 22. 12. 86 zu Wallau, seit 20. 1. 04 im Verband. Conradt, Hugo, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 16. 10. 79 zu Wiesbaden, seit 28. 8. 18 im Verband. Eder, Otto, Mitglied der Filiale München, geb. 24. 9. 79 zu Dachau, seit 10. 5. 08 im Verband. Enke, Willi, Mitglied der Filiale Glauchau, geb. 8. 6. 88 zu Glauchau, seit 20. 1. 18 im Verband. Flüche, Kurt, Mitglied der Filiale Dortmund, geb. 9. 11. 82 zu Berlin, seit 1. 11. 05 im Verband. Frinkaus, Karl, Mitglied der Filiale Mainz, geb. 19. 6. 99 zu Bischöfchen, seit 6. 11. 18 im Verband. Hauber, Otto, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 4. 1. 88 zu Sonnenberg, seit 20. 5. 1900 im Verband. Harnisch, Herm., Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 25. 10. 84 zu Alberstroba, seit 6. 8. 08 im Verband. Hellbach, Karl, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 18. 5. 78 zu Dingelstädt, seit 12. 1. 08 im Verband. Hennemann, Heinrich, Mitglied der Filiale Hagen, geb. 9. 9. 87 zu Hagen, seit 6. 10. 07 im Verband. Hilberbrandt, Arthur, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 6. 1. 87 zu Stassfurt, seit 2. 8. 08 im Verband. Hofmann, Joh., Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 28. 1. 86 zu Wiesbaden, seit 27. 8. 10 im Verband. Hofmeister, W., Mitglied der Filiale Cassel, geb. 15. 1. 96 zu Nordhausen, seit 9. 7. 14 im Verband. Höwing, Herm., Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 11. 11. 97 zu Wolsburg, seit 9. 5. 15 im Verband. Hummel, Heinrich, Mitglied der Filiale Mainz, geb. 22. 2. 95 zu Müllersheim, seit 1. 11. 11 im Verband. Jacobs, Willi, Mitglied der Filiale Glauchau, geb. 21. 12. 79 zu Barrentin, seit 21. 12. 01 im Verband. Kaiser, Fritz, Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 18. 1. 92 zu Frankfurt, seit 22. 8. 12 im Verband. Kiesenbaum, Karl, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 22. 10. 87 zu Paderborn, seit 28. 8. 08 im Verband. Koch, Hermann, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 6. 3. 98 zu Cappenberg, seit 17. 8. 16 im Verband. Kraus, Wilhelm, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 4. 9. 92 zu Doshorn, seit 4. 7. 09 im Verband. Krebschner, Paul, Mitglied der Filiale Glauchau, geb. 14. 11. 92 zu Glauchau, seit 18. 4. 10 im Verband. Krone, Heinrich, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 14. 9. 87 zu Argestorf, seit 17. 3. 11 im Verband. Krone, Willi, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 18. 1. 88 zu Frankfurt a. d. O., seit 10. 9. 04 im Verband. Kühne, Wilhelm, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 10. 7. 94 zu Hamburg, seit 18. 4. 12 im Verband. Bohmann, Christian, Mitglied der Filiale Cassel, geb. 31. 12. 72 zu Dennhausen, seit 1. 7. 08 im Verband. Lorenz, Fritz, Mitglied der Filiale Glauchau, geb. 25. 10. 96 zu Glauchau, seit 6. 5. 14 im Verband. Meyer, Willi, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 7. 1. 97 zu Neulingen, seit 19. 10. 14 im Verband. Ober, Julius, Mitglied der Filiale Wilhelmshaven, geb. 28. 6. 80 zu Wilhelmshaven, seit 2. 4. 99 im Verband. Opitz, Paul, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 30. 9. 81 zu Riedorf, seit 28. 2. 08 im Verband. Passendorf, Karl, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 21. 12. 79 zu Gelsenkirchen, seit 11. 4. 1900 im Verband. Peller, Friedrich, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 8. 5. 86 zu Nöbber, seit 26. 5. 06 im Verband. Quistorp, Ernst, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 22. 9. 96 zu Nienburg, seit 29. 3. 14 im Verband. Schadewinkel, Herm., Mitglied der Filiale Weimar, geb. 30. 6. 88 zu Goberndorf, seit 8. 5. 08 im Verband. Schallentammer, W., Mitglied der Filiale München, geb. 14. 6. 88 zu Reichling, seit 7. 9. 08 im Verband. Schnieblich, Frdr., Mitglied der Filiale Hannover, geb. 9. 2. 86 zu Nienburg, seit 9. 4. 11 im Verband. Scholl, Alois, Mitglied der Filiale Cöln, geb. 15. 8. 85 zu Bawental, seit 12. 6. 09 im Verband. Schomburg, Ernst, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 5. 9. 94 zu Gütersloh, seit 24. 7. 12 im Verband. Seiffig, Georg, Mitglied der Filiale München, geb. 24. 9. 82 zu München, seit 10. 5. 08 im Verband. Strobel, Karl, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 16. 9. 94 zu Delitzsch, seit 29. 5. 18 im Verband. Wall, Paul, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 20. 5. 88 zu Berg-Lennert, seit 12. 1. 07 im Verband. Wehrhan, Franz, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 29. 9. 95 zu Hannover, seit 11. 5. 14 im Verband. Wiesecke, Wilhelm, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 8. 10. 88 zu Blumberg, seit 26. 9. 11 im Verband. Wilkens, Wilhelm, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 17. 7. 95 zu Nienburg, seit 20. 4. 13 im Verband.

Ehre ihrem Andenken!